



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats in Stiftungs- sachen Hospital der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.10.2012

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

ab TOP 2

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Frau Stadträtin Kapfer

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Grampes, Assistenz Erster Bürgermeister
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Rechmann, Tiefbauamt ab TOP 2
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Jahresabschluss 2011 der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist in Biberach	154/2012
2.	Aufhebung Sperrvermerk Krippenverwaltung	165/2012
3.	Verschiedenes - Auslastung Krippe Talfeld	
4.	Verschiedenes - Gottesdienstraum Bürgerheim	

Die Mitglieder wurden am 11.10.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 17.10.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 154/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Empfehlung des Hospitalrats erfolgte am 08.10.2012.

EBM Wersch dankt dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung.

Er führt aus, der Hospital befinde sich in einer Phase der Neuausrichtung. Dies berge Chancen und Risiken. Das Agieren entspreche jedoch dem Stiftungszweck. Man befinde sich aber auch im Wettbewerb mit anderen Einrichtungen und benötige ein klares Unternehmenskonzept mit verschiedenen Standbeinen. Deren seien es in den vergangenen Jahren mehr geworden. Er nennt die Pflege, Altenwohnungen, deren Quantität und Qualität man gesteigert habe, Serviceangebote wie "Essen auf Rädern" und den Ochsenhauser Hof. Man befinde sich auf dem Weg zu einem Dienstleistungs- und Gästezentrum, was nicht ohne Ambitionen sei, da aktuell in den Köpfen das Areal in Verbindung mit Pflege gebracht werde.

StR Wiest bemerkt, was die Neuausrichtung betreffe, sei man angesichts der Rücklagen von 15 Millionen Euro guten Mutes, wohl wissend, dass einige Mittel davon abgerufen würden in den nächsten Jahren. Ein Hinweis auf die Risiken sei daher gut. Der Wald stelle eine wichtige finanzielle Säule der Ertragslage dar. Gerade in Zeiten geringer Finanzerträge komme ihm besonders große Bedeutung zu. Man nehme das Ergebnis mit Befriedigung zur Kenntnis. Investitionen wie das Seniorenwohnheim, das Dienstleistungszentrum, die Krippen und die Sanierung von Hospitalgebäuden erforderten beträchtliche Summen und produzierten auch Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereste. Er dankt dem Kämmereiamt und EBM Wersch für die Erstellung des Jahresabschlussberichts und die darin enthaltenen Analysen, die er als sehr zutreffend bezeichnet.

Auch StRin Kübler meint, es seien große Anstrengungen im Investitionsbereich aufgeführt, die man zu bewältigen habe. Sie bezeichnet die Weiterentwicklung als richtig für die Konkurrenzfähigkeit. Die Risikobetrachtung zeige aber auch, dass ein Refinanzierungsbedarf bestehe. Man müsse daher einen Spagat zwischen Stiftungszweck und einer guten finanziellen Ausstattung der Stiftung im Herzen der Stadt bewerkstelligen. Das positive Allgemeinwohl der Bevölkerung sollte dabei immer im Vordergrund stehen. Weitere Bedeutung misst sie in diesem Zusammenhang dem Ochsenhauser Hof und der Altenhilfeförderung zu. Sie dankt dem Rechnungsprüfungsamt, dem Kämmereiamt und Hospitalverwalter Wersch für die gute Arbeit und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Heinkele dankt vorab Frau Leonhardt und dem Team für die termingerechte und gute Form des Jahresabschlussberichts. Man sei gerüstet für eine langfristige, zeitgemäße Aufgabenerfüllung. Ebenfalls übermittelt er dem Rechnungsprüfungsamt Dank für die Prüfung und Herrn Beck und dem Team des Forstamts für die erfolgreiche Holzbewirtschaftung. Wenn nun auch noch eine gute Nutzung für den Roten Bau gefunden werde, könne man auch im Bereich Wohnungswirtschaft punkten. Trotz der Aufgabenfülle erwirtschaftete man eine Zuführung an den Vermögenshaushalt. Damit die Stiftung gesichert und stark bleibe, gingen die Freien Wähler mittelfristig von einer Reduzierung des Investitionstempos aus.

Die Grünen dankten ebenfalls Hospitalverwalter Wersch, dem Kämmereiamt und dem Rechnungsprüfungsamt für das Geleistete, erklärt StR Späh. Man habe große Investitionen getätigt

und weitere beabsichtigt. Man sehe das Dienstleistungszentrum mit Spannung und erwarte eine positive Entwicklung. Hoffnung setze man auch auf eine weiterhin positive Forstwirtschaftsentwicklung. Dass die Zuführung an den Vermögenshaushalt um die Hälfte höher als geplant ausgefallen sei, bezeichnet er als erfreulich, denn man benötige die Rücklagen in den nächsten Jahren. Auch die Grünen gingen von einer eher etwas gebremsten Weiterentwicklung aus, um das Vermögen nicht zu sehr zu belasten. Er signalisiert deren Zustimmung.

StR Braig übermittelt allen Beteiligten den Dank der FDP-Fraktion. Der Jahresabschlussbericht sei übersichtlich gestaltet, was sehr geholfen habe, insbesondere verweist er in diesem Zusammenhang auf die letzte Seite von Anlage 4 der Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat in Stiftungssachen stimmt der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2011 im Verwaltungshaushalt mit 658.267,72 (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 4.230.000 € (HER) und 4.941.629,79 € (HAR) entsprechend der Anlage 1 zum Rechenschaftsbericht zu.
2. Der Gemeinderat in Stiftungssachen stimmt nachträglich den überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 481.801,46 € auf der HHSt. 1.9100.860000.7 (Zuführung zum Vermögenshaushalt) sowie in Höhe von 496.135,05 € auf der HHSt. 2.9100.910000.2-900 (Zuführung zur Allgemeinen Rücklage) zu.
3. Der Gemeinderat in Stiftungssachen stellt nach § 95 Abs. 2 GemO die Jahresrechnung 2011 der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist in wie folgt fest:
 - a) Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011

	Verwaltungs- haushalt SBT 1 €	Vermögens- haushalt SBT 2 €	Gesamthaushalt SBT 1 + 2 €
1. Soll-Einnahmen	8.618.518,08	2.040.467,32	10.658.985,40
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	4.230.000,00	4.230.000,00
3. Zwischensumme	8.618.518,08	6.270.467,32	14.888.985,40
4. Ab: Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	8.618.518,08	6.270.467,32	14.888.985,40
6. Soll-Ausgaben	8.010.165,84	3.925.686,50	11.935.852,34
7. Neue Haushaltsausgabereste	658.267,72	4.941.629,79	5.599.897,51
8. Zwischensumme	8.668.433,56	8.867.316,29	17.535.749,85
9. Ab: Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	49.915,48	2.596.848,97	2.646.764,45
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	8.618.518,08	6.270.467,32	14.888.985,40
11. Differenz 10./5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

Ergebnis der Jahresrechnung

A) des Verwaltungshaushalts

1.	Soll der Einnahmen und Ausgaben	
	a) nach dem Haushaltsplan	8.142.000,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	8.618.518,08 €
	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	<u>476.518,08 €</u>
2.	Zuführung an den Vermögenshaushalt	
	a) nach dem Haushaltsplan	1.010.000,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	1.491.801,46 €
	Mehrzuführung	<u>481.801,46 €</u>
3.	Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	658.267,72 €

B) des Vermögenshaushalts

1.	Soll der Einnahmen und Ausgaben	
	a) nach dem Haushaltsplan	5.988.000,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	6.270.467,32 €
	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	<u>282.467,32 €</u>
2.	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	
	a) nach dem Haushaltsplan	0,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	0,00 €
	Wenigerentnahme aus der Allgemeinen Rücklage	<u>0,00 €</u>
3.	Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	
	a) nach dem Haushaltsplan	286.500,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	782.635,05 €
	Mehrzuführung zur Allgemeinen Rücklage	<u>496.135,05 €</u>
4.	a) Übertragene Haushaltsmittel (HER)	4.230.000,00 €
	b) Übertragene Haushaltsmittel (HAR)	4.941.629,79 €

C) des Gesamthaushalts

	Soll der Einnahmen und Ausgaben	
	a) nach dem Haushaltsplan	14.130.000,00 €
	b) nach der Jahresrechnung	14.888.985,40 €
	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben	<u>758.985,40 €</u>

D) der Vermögensrechnung

1.	Allgemeine Rücklage	
	Stand Allgemeine Rücklage zum 01.01.2011	14.028.960,64 €
	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	0,00 €
	Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	782.635,05 €
	Stand Allgemeine Rücklage zum 31.12.2011	<u>14.811.595,69 €</u>
2.	Kredite	
	Stand zum 01.01.2011	491.739,00 €
	Aufnahmen	0,00 €
	Tilgung	15.665,05 €
	Stand zum 31.12.2011	<u>476.073,95 €</u>
3.	Geldanlagen	
	Stand zum 01.01.2011	16.318.680,75 €
	Zugang	6.663.788,98 €
	Abgang	7.882.564,52 €
	Stand zum 31.12.2011	<u>15.099.905,21 €</u>
4.	Einlagen und Beteiligungen	
	Stand zum 01.01.2011	501.025,00 €
	Zugang	0,00 €
	Abgang	0,00 €
	Stand zum 31.12.2011	<u>501.025,00 €</u>

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 165/2012 zur Beschlussfassung vor. Von der SPD-Fraktion ging ein Antrag mit Schreiben vom 17.10.2012 ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

EBM Wersch verweist auf die Vorlage und den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion.

StRin Kübler begründet den Vertagungsantrag damit, dass das Rechtsgutachten zwar vorliege und die Sachlage klargestellt habe, die SPD-Fraktion den Sachverhalt aber etwas anders betrachte. Man halte eine Stellungnahme der Stadt, speziell des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport zur Zukunft der Krippenverwaltung für erforderlich, denn eine Absprache mit der Stadt habe nie stattgefunden. Die hospitälische Sichtweise liege vor und sei nachvollziehbar. Die Auswirkungen für die Stadt seien aber nicht bekannt. Der Gemeinderat müsse egal wie entschieden werde die Entscheidung dem neuen Leiter des Dezernats I erklären. Es bestehe keine Eilbedürftigkeit, weshalb man **Vertagung** beantrage. Sie geht auf die im Antrag genannten Positionen und die dort aufgeworfenen Fragen ein, die bislang nicht beantwortet seien. Die SPD-Fraktion spreche sich für Transparenz und einen Austausch aus. Zum Haushalt habe man einen Antrag gestellt und eine Stellungnahme von Dezernat II erhalten, die weitere Fragen aufgeworfen habe. Sie fragt, ob der Haushalt hätte abgelehnt werden müssen, wenn man zunächst über die Krippenverwaltung diskutieren wolle. Die SPD-Fraktion sei nach den Ausführungen davon ausgegangen, dass diese Wirkung durch den Sperrvermerk sichergestellt werden sollte, sprich dass inhaltliche Fragen aus Sicht Hospital und Stadt geklärt werden könnten. Man sei dem Stifterwillen verpflichtet, dürfe aber nicht zum Schaden der Stadt entscheiden.

EBM Wersch erwidert, auch durch ständiges Wiederholen werde eine Behauptung nicht richtig. Er bestätigt, dass der Haushalt hätte abgelehnt werden müssen, wenn etwas nicht gefalle, was dort enthalten sei. Dies zeige auch die starke Stellung des Hospitals. Er appelliert, mit einseitigen Betrachtungen aufzuhören. Zur Trägerpluralität gibt er zu verstehen, die Stadt arbeite seit Jahren vertrauensvoll mit allen Trägern zusammen, so dass dies auch für den Hospital gelten werde. Der Hospital stehe für eine Topqualität.

StR Walter spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus. Am 26. März habe der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital den Haushaltsplan beschlossen und zwei Wochen zuvor sei der Haushalt von vier Fraktionen zur Beschlussfassung empfohlen worden. Den Sperrvermerk habe man beschlossen, um die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zur Stellung des Hospitals in Ruhe klären zu können, was voll umfänglich geschehen sei. Die Eigenständigkeit des Hospitals sei vom Regierungspräsidium klar bestätigt worden. Es bestehe daher kein Grund mehr, den Sperrvermerk aufrecht zu erhalten. Daher sei der SPD-Antrag abzulehnen und man müsse die verlorene Zeit einholen. Eltern und Kinder hätten ein Recht auf effiziente Einrichtungen und eine effiziente Verwaltung. Verzögerungsversuche bezeichnet er als nicht zielführend.

Der Vertagungsantrag wird anschließend mit 7 Ja-Stimmen (StRe Drews, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Sonntag, Weber) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Zur Sache bemerkt StR Walter, die CDU-Fraktion stimme zu, dass der Hospital als Freier Träger im Krippenbereich tätig werde. Dies sei im Einvernehmen mit der Satzung und städtischen Verpflichtungen. Kommunen seien nur zur Aufgabenerfüllung verpflichtet, wenn diese nicht von Dritten wahrgenommen würden. Man solle daher das Subsidiaritätsprinzip einhalten. Die Größenord-

nung in der Hospitalstiftung mit rund 70 Mitarbeitern rechtfertige es, eine eigene Verwaltungsstelle einzurichten. Eine schlanke Hospitalverwaltung trage zur Kundennähe bei. Die Finanzierung sei unproblematisch und nicht von Nachteil für die Stadt, da die Planungshoheit in Betreuungseinheiten bei der Stadt bleibe. Eine Verbesserung der Zusammenarbeit sei das angestrebte Ziel und die Dialogbereitschaft solle gefördert werden. Man benötige starke Träger für Betreuungseinrichtungen. Dies sei man den Kindern schuldig. Er appelliert, den hospitälischen Geist nicht mit Ungeist zu besetzen.

StRin Goeth bezeichnet die organisatorische Veränderung namens der Freien Wähler als sinnvoll und nach Klärung der Rechtsstellung könne auch der Sperrvermerk an der Krippenverwaltung aufgehoben werden. Dies bringe keine Nachteile für die Stadt, für deren Interessen man auch stehe. Eine Veränderung der Aufgabenverteilung bei der Stadt gehöre zum normalen operativen Geschäft. Hauptansprechpartner der Krippenverwaltung seien die Kindergärtnerinnen und vermutlich sei für Eltern immer nur einmal ein Gespräch mit dem Träger erforderlich. Auf die Zuständigkeiten könnte auch im Familienwegweiser, der im Frühjahr erscheinen solle, hingewiesen werden.

StR Späh kündigt an, die Grünen stimmten zum Thema nicht einheitlich ab. Vor zehn Jahren habe man die Grundsatzentscheidung getroffen, dass der Hospital sich in der Krippenarbeit engagiere und seither leiste er auf diesem Gebiet gute Arbeit. Mit einer Verdoppelung der Gruppen sei eine Menge an Verwaltungsaufgaben erreicht, die eine eigene Verwaltung rechtfertige. Dies sei seines Erachtens auch den Eltern vermittelbar.

StR Braig meint, der Hospital sei ein Freier Träger, für den auch das Kindergartengesetz gelte. Die Struktur der Krippen werde durch Kooperationen mit Firmen gestärkt. Der Hospital sei seit 2002 in der Krippenarbeit tätig. Er fragt, was mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport geschehe, wenn die Krippenverwaltung hospitälisch werde. Der Kooperationsvertrag mit Boehringer Ingelheim sei seines Wissens noch nicht ausgearbeitet. Er fragt, ob dies dann vom Hospital erledigt werde.

EBM Wersch bestätigt Letzteres, wobei der detaillierte Aufgabenübergang noch nicht definiert sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital mit 7 Nein-Stimmen (StRe Drews, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Sperrvermerk zur Krippenverwaltung wird aufgehoben.

TOP 3 Verschiedenes - Auslastung Krippe Talfeld

StRin Goeth erkundigt sich nach der Auslastung der Krippe im Talfeld.

EBM Wersch lässt wissen, momentan befinde man sich im Bereich von Gruppe vier. Die Gruppen fünf und sechs würden nachgeschaltet.

TOP 4 Verschiedenes - Gottesdienstraum Bürgerheim

StR Späh spricht ein Schreiben der Kirchen an die Fraktionsvorsitzenden wegen des Gottesdienstraums im Bürgerheim an. Es gebe offensichtlich Irritationen. Er fragt, was geplant sei.

EBM Wersch erwidert, er könne hierzu momentan keine Stellungnahme abgeben, da ihm erst dargestellt werden müsse, wie es zu dieser Situation gekommen sei. Er habe Frau Mutschler gefragt und ihre Antwort sei mittlerweile eingegangen. Er habe sie aber noch nicht gelesen.

Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital, 22.10.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: EBM Wersch

Stadtrat: Wiest

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: BM Kuhlmann